

Auswirkungen der Wirtschafts-, Klima- und Ernährungskrise auf extrem Arme

Zuerst hielten es viele Analysten und selbst Regierungen im Süden zu Beginn der Krise noch für wenig wahrscheinlich, dass die globale Wirtschaftskrise auch und gerade die Entwicklungsländer trifft. Nun scheint es fast so, als sei das Tal der Krise bereits durchschritten. Wirtschaftsprognosen werden nach oben korrigiert, und die neu gewählte Bundesregierung setzt ganz auf Wachstum zur Überwindung der Krise. Alles nicht so schlimm gewesen? Doch die Auswirkungen der Wirtschafts-, Klima- und Ernährungskrise werden mindestens 30 Millionen Menschen arbeitslos machen, 100 Mio. in extreme Armut stürzen, 250 Mio. mit Hunger und bis zu 1,5 Milliarden mit akutem Wassermangel konfrontieren.

Thomas Hirsch / Ingrid Schalke

Ein Jahr nach dem offenen Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise nimmt die Bilanzierung der entstandenen Wohlfahrtsverluste in den deutschen Medien breiten Raum ein. So ist etwa zu erfahren, dass die deutschen Milliardäre im Durchschnitt um 13 Prozent ärmer geworden sind, dass nahezu 20 Prozent der Menschen Abstriche bei der privaten Altersvorsorge machen und den Krankenkassen im kommenden Jahr geschätzte sieben Milliarden Euro fehlen werden. Die Aktienkurse hingegen marschieren seit einem halben Jahr ununterbrochen nach oben, und auch viele Unternehmensbilanzen sind besser als zunächst angenommen. Das Tal der Krise scheint durchschritten, Wirtschaftsprognosen werden nach oben korrigiert und die neu gewählte Bundesregierung setzt ganz auf Wachstum zur Überwindung der Krise. Alles nicht so schlimm gewesen? Zwar sind die öffentlichen Haushalte in einem nie da gewesenen Maß verschuldet und es drohen drastische Ausgabenkürzungen und Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme. Jedoch scheinen diese Probleme bis auf weiteres die öffentliche Wahrnehmung weit weniger zu bestimmen als die sichtbare Erleichterung darüber, dass die düsteren Krisenszenarien überwunden scheinen, die Deutschland ein Jahr zuvor – verbunden mit großen Zweifeln an der wirtschaftlichen Ordnung – überschattet hatten,

Diese Wahrnehmung der Wirtschafts- und Finanzkrise erscheint in vielerlei Hinsicht verkürzt. Weder reflektiert sie die im vergangenen Herbst manifest gewordenen, schweren Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des wachstumszentrierten Wirtschaftsmodells, noch werden die Bezüge zu den anderen großen Krisen – der Energie-, Klima-, Hunger- und Biodiversitätskrise – hergestellt, die ungelöst bleiben und von vielen als weitere Ausformungen ein und derselben Zivilisationskrise betrachtet werden. Darüber hinaus fällt auf, dass im öffentlichen Diskurs auch die Einbeziehung der globalen Dimension der Finanzkrise stark verkürzt

wird auf die Bedeutung des Globalen für mögliche Wohlfahrtsgewinne oder -verluste für Deutschland. Nach dem Motto: Wenn es unseren europäischen Nachbarn, den transatlantischen Partnern in Amerika sowie – neuerdings – der Mittelschicht in China (und bald auch Indien) gut geht und sie „made in Germany“ konsumieren, dann kann die deutsche Wirtschaft wieder wachsen und unseren Wohlstand mehren. So positiv es auf den ersten Blick erscheinen mag, dass sich der Wahrnehmungshorizont immerhin über den atlantischen Raum nach Ostasien auszuweiten scheint, so deutlich wird zugleich, dass der Blick auf die globale Krise einen großen blinden Fleck hat – die Auswirkungen auf diejenigen, die am wenigsten beigetragen haben zum Entstehen der Krise, denen sie auch nicht die gerne beschworenen „Chancen“ bietet, die vielmehr am stärksten unter ihr leiden, weil sie nicht über die Mittel verfügen, Vorsorge zu treffen: die große Gruppe der extrem Armen.

Mindestens 100 Millionen Arme zusätzlich

Wurde die absolute Armutsgrenze statistisch lange Zeit bei einem verfügbaren Einkommen von einem US-Dollar pro Tag und Kopf angesetzt, so hat sich in 2008 aufgrund der explodierenden Nahrungsmittelpreise eine Anhebung auf 1,2 US-Dollar durchgesetzt. Danach müssen heute weltweit mehr als zwei Milliarden Menschen als extrem arm eingestuft werden. Nach Kalkulationen der Weltbank und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), die Anfang Oktober 2009 vorgelegt wurden, sind seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise mindestens 100 Millionen Menschen zusätzlich verarmt – das entspricht in etwa der addierten Einwohnerzahl von Deutschland und den Benelux-Staaten.

Die übergroße Mehrzahl dieser Menschen lebt in Entwicklungs- und Schwellenländern, wo der Absturz in die Armut mangels ausreichender sozialer Sicherungssysteme meistens gleichbedeu-

tend ist mit dem Absturz ins Bodenlose. Auf besonders erschreckende Weise verdeutlicht dies der erneute Anstieg der Zahl der Hungernden auf dieser Erde, die die Welternährungsorganisation inzwischen mit über einer Milliarden Menschen angibt – ein Anstieg um 250 Millionen gegenüber 2000.

Viele Analysten und selbst Regierungen im Süden hielten es zu Beginn der Krise noch für wenig wahrscheinlich, dass die globale Wirtschaftskrise auch und gerade die Entwicklungsländer trifft, die quer über alle Kontinente in den letzten Jahren mit überdurchschnittlichen wirtschaftlichen Wachstumsraten aufgefallen waren. Im Frühjahr 2009 wurde indes immer deutlicher, dass sich die meisten Entwicklungsländer der Krise nicht haben entziehen können, weil Absatzmärkte, vor allem für Rohstoffe, wegbrachen, Investitionen zum Erliegen kamen, Arbeitsplätze abgebaut und Auslandsinvestitionen abgezogen wurden. Besonders hart trifft der Nachfragerückgang Länder, deren Ausfuhr kaum diversifiziert sind, wie etwa im Falle von Sambia (Kupfer), Argentinien (Soja) oder Nigeria (Öl). Der Schaden, der Entwicklungsländern in 2009 durch den Abzug von ausländischem Kapital entsteht, dürfte sich in einem Rückgang der Wirtschaftsleistung von fünf bis zehn Prozent niederschlagen.

Im Vergleich mit vielen Industrieländern erscheint das wenig, hat jedoch schwerwiegende Konsequenzen angesichts der Tatsache, dass viele Entwicklungsländer auf ein konstant hohes Wachstum gesetzt haben, um die Armut einzudämmen. Nun steigen die Arbeitslosenzahlen und gehen die Finanztransfers von Arbeitsmigranten und -migrantinnen zurück, die für viele bevölkerungsreiche aber ressourcenarme Länder Süd(ost)-Asiens wie etwa die Philippinen oder Bangladesch zu einer der wichtigsten Einnahmequellen geworden sind. Von ihnen hängen unzählige Familien ab, ihr Ausbleiben reißt aber auch ein empfindliches Loch in die Staatsfinanzen. Die Auswirkungen schlagen sich auf das Bruttoinlandsprodukt und den Binnenkonsum nieder und wirken bis hinein in den informellen Sektor.

Millennium-Entwicklungsziele mangels politischem Willen verfehlt

Vielen Entwicklungsländern, die von Konjunkturpaketen nur träumen können, wird aufgrund ihrer desolaten Haushaltslage durch den Einnahmerückgang die ohnehin begrenzte Möglichkeit genommen, angemessen auf die Krise zu reagieren. So fehlen dringend benötigte

Gesichter des Klimawandels

Der Temperaturanstieg bewirkt eine großräumige Veränderung von Niederschlagsmustern und die Zunahme der Verdunstung, vor allem in Trockengebieten. Damit einher geht eine starke Häufung von Dürren. So treten Dürren in Nordostafrika inzwischen alle zwei bis drei Jahre auf. In den fünfziger Jahren passierte dies nur etwa alle fünf bis sieben Jahre. Aktuelle Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass sich Dürreregionen in allen Kontinenten weiter ausbreiten werden. Schon heute sind vierzig Prozent der Erdoberfläche als Trockengebiete klassifiziert, von denen wiederum 70 Prozent und damit mehr als hundert Länder von Desertifikation, der Ausbreitung von Wüsten, betroffen sind. Besonders gilt dies für Länder am Südsaum der Sahara wie Sudan, Tschad oder Mali, wo schon heute bis zu zwei Drittel der Landesoberfläche aus Trockengebieten bestehen. Ebenso haben aber auch Schwellenländer wie China, Argentinien, Brasilien oder Mexiko mit dem Problem zu kämpfen. Bis zu 1,5 Milliarden Menschen werden zukünftig vor allem in Grenzgebieten zu Wüsten, aber auch in bisher von Gletscherwasser versorgten Regionen, zusätzlich von großer Wasserarmut betroffen sein.

Auch extreme Wetterereignisse wie Überschwemmungen und tropische Stürme werden in Zukunft an Intensität und Zahl weiter zunehmen. Damit einher gehen humanitäre Katastrophen, wobei Statistiken drastisch aufzeigen, dass die Zahl der Todesopfer unter

armen und extrem armen Bevölkerungsgruppen überproportional hoch ist. Frauen sind wiederum deutlich stärker betroffen als Männer. Die Regionen, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sein werden, konzentrieren auf jene Bereiche, die bereits heute von extremem Hunger und Armut geprägt sind.

Ein Anstieg des Meeresspiegels um bis zu einen Meter, wie es Wissenschaftler heute bis Ende dieses Jahrhunderts erwarten, wird für tiefer gelegene Küstenregionen überall auf der Welt den Untergang bedeuten. Schon heute stellt der Anstieg des Meeresspiegels arme, aber dicht besiedelte Küstenstaaten wie etwa Bangladesch vor fast unüberwindbare Schwierigkeiten. Hier liegen 15 Prozent der Landesfläche weniger als einen Meter über dem Meeresspiegel, hinzu kommt die Nähe zum Golf von Bengalen, der Brutstätte für über 60 Prozent aller tropischen Wirbelstürme der Erde.

Hohe Bevölkerungsdichte und geringe finanzielle Spielräume für Anpassungs- und Absicherungsmaßnahmen machen eine selbstständige Abfederung der Entwicklungen unmöglich. Dies wird klimabedingte Migration erzeugen; in der Folge muss für umweltbedingt Vertriebene (*Environmentally Displaced People*, EDP) eine neue Heimat und Lebensgrundlage sichergestellt werden. Auch hier ist die Situation besonders kritisch in den überproportional stark betroffenen Entwicklungsländern mit sehr eingeschränkten finanziellen Mitteln.

Mittel für die soziale Abfederung der Wirtschaftskrise, ganz zu schweigen von ebenso dringend benötigten Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, zum Ausbau erneuerbarer Energien zur nachhaltigen Überwindung von Energiearmut oder gar zum Schutz der Biodiversität.

Die Wirtschaftskrise ist inzwischen bei den Ärmsten angekommen, weil Regierungen – auch und gerade der Industriestaaten – entweder der politische Wille oder das Geld oder beides gefehlt hat, rasch gegenzusteuern, wie vielerseits, darunter auch seitens der Weltbank, wiederholt eindringlich gefordert wurde. Die neuesten Zahlen legen nahe, dass somit das Erreichen der Millennium-Entwick-

lungsziele wie die Halbierung der Zahl der in Armut lebenden Menschen bis 2015 vollends zur Makulatur wird. Mit 30 bis 50 Millionen zusätzlichen Arbeitslosen in den Ländern des Südens rechnet die internationale Arbeitsorganisation für dieses Jahr. Für weitere 90 Millionen Menschen dürfte das Einkommen auf unter 90 US-Cent täglich fallen.

Vergeblich plädierten zivilgesellschaftliche Organisationen ebenso wie UN-Fachorganisationen und die Weltbank dafür, die Industriestaaten mögen angesichts der dramatischen Auswirkungen der Wirtschaftskrise die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit erhöhen und etwa das seit langem international zugesagte Ziel, hierfür 0,7 Prozent

des Bruttonationaleinkommens zu verwenden, schneller umsetzen. In vielen Fällen ist das Gegenteil eingetreten. Zwar einigte sich die EU der 27 bereits im Mai diesen Jahres darauf, ihre Zusagen einzuhalten und ihre Entwicklungshilfe im Jahr 2010 auf 69 Milliarden Euro zu steigern. Doch kündigten Irland, Österreich und Polen bereits drastische Kürzungen ihrer Etats an. Allein Irland gab im Februar 2009 eine Reduzierung des Etats um 95 Millionen Euro bekannt. Ebenso kürzten Italien, Irland und Lettland in Folge der Wirtschaftskrise bereits massiv. Selbst aus Schweden – einem der Vorzeigeländer, was das Aufkommen für Entwicklungshilfe verglichen mit der nationalen Wirtschaftsleistung angeht – gibt es erste Meldungen, die eine drastische Kürzung der Ausgaben im nächsten Budgetplan erwarten lassen.

Die langfristigen Konsequenzen des Klimawandels für die ärmsten Bevölkerungsgruppen

Es sind indessen nicht nur die kurz- und mittelfristigen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern vor allem auch die langfristigen Konsequenzen des Klimawandels, die die ärmsten Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern – die ohnehin unter vielfältigen Formen von Ausschluss und Marginalisierung leiden – härter und unvermittelter treffen. Ganz besonders trifft dies zu für die Armen auf dem Lande, deren Lebensunterhalt sehr maßgeblich auf der Nutzung natürlicher Ressourcen wie Acker- oder Weideland, Fischgründen, Savannen und Wäldern sowie dem gesicherten Zugang zu Wasser beruht.

Die vielfältigen Folgen des Klimawandels wie die drastische Zunahme von Unwettern, Dürren oder Überschwemmungen, der Anstieg des Meeresspiegels, versalzende Küsten und die schleichenden Veränderungen der marinen Chemie, landwirtschaftliche Ertragsdepressionen durch höhere Temperaturen, Wassermangel infolge des rasanten Abschmelzens der Gletscher, die Veränderung von Niederschlagsmustern im Jahresgang – dies und vieles mehr sind Veränderungen, die sich auf die natürlichen Lebensgrundlagen der ländlichen Bevölkerung negativ auswirken. Zieht man in Betracht, dass die Mehrheit der extrem Armen bis heute auf dem Lande lebt und über zwei Drittel der Hungernden stellt – die meisten davon Kleinbauern, Viehhirten, Fischer, Sammler und landlose Landarbeiter – so wird deutlich, wie existentiell und armutsrelevant für diese Bevöl-

kerungsgruppen eine Eindämmung des Klimawandels sowie verbesserte Anpassung ihn ist.

Nahezu eine Milliarde Menschen lebt in den hundert Ländern, die am stärksten unter dem Klimawandel leiden, das heißt, in den am wenigsten entwickelten Ländern (*Least Developed Countries*, LDCs), den afrikanischen Ländern südlich der Sahara sowie kleinen Inselstaaten. Diese tragen selbst nur mit drei Prozent zu den weltweiten Emissionen bei. Die Mehrzahl dieser Menschen leidet ohnehin unter Armutfolgen, wobei sich diese jedoch durch den Klimawandel verschärfen. Demzufolge wären Anpassungshilfen ebenso wie Klimaschutzmaßnahmen dringend erforderlich, um einer Ausbreitung extremer Armut entgegenzuwirken. Dabei wäre aus entwicklungspolitischer ebenso wie aus menschenrechtlicher Perspektive sicher zu stellen, dass Maßnahmen zur Abfederung der Klimafolgen vorrangig den schutzbedürftigsten Bevölkerungsgruppen und Haushalten zugute kommt, um zumindest die Sicherung elementarster Menschenrechte wie das Recht auf Wasser, Nahrung, Obdach und Gesundheit zu gewährleisten.

Zu einer solchen armutsorientierten Anpassungspolitik – Brot für die Welt, Care und Germanwatch sprechen in einer gemeinsam vorgelegten Studie von „*Pro Poor Adaptation Policies*“¹ – sind Staaten aus menschenrechtlicher Perspektive gehalten, aber die Realität sieht anders aus. So zeigt sich bei einer Analyse der Nationalen Anpassungsprogramme, die die meisten LDCs im Zuge der Klimarahmenkonvention vorgelegt haben, dass keines dieser Aktionsprogramme auf einer präzisen Identifikation besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen basiert oder gar eine systematische Analyse der Verletzbarkeit und Risikodisposition bis hinunter auf die räumliche Ebene von Gemeinden oder Haushalten vornimmt. Genau dies wäre aber erforderlich, um sicher zu stellen, dass Hilfsbe-

dürftige durch Maßnahmen erreicht und nicht erneut aufgrund ihrer armutsbedingten Marginalisierung übergangen oder benachteiligt werden

Die Industrieländer sind unter Zugrundelegung der bei der Klimarahmenkonvention anerkannten Kriterien des

- (I) Verursacherprinzips sowie der
- (II) wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

besonders gefordert, Anpassung zu finanzieren und Klimaschutz voranzubringen. De facto kommen sie dieser Verpflichtung bislang aber nicht ausreichend nach. Seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise ist zu beobachten, dass die Bereitschaft zu einer ambitionierten Klimapolitik sogar noch deutlich zurückgegangen ist. Begründet wird dies mit leeren Kassen sowie der Notwendigkeit, alle ordnungspolitischen Maßnahmen zu unterlassen, die einer schnellen Rückkehr zum Wachstum entgegen stehen können. Zwar ist viel die Rede von „grünem Wachstum“, jedoch bleibt dies in den meisten Fällen grüne Rhetorik. Lediglich Südkorea hat ein Konjunkturpaket aufgelegt, das signifikant grüne Wachstumsimpulse beinhaltet. In Deutschland ist nicht nur die umstrittene Abwrackprämie ein gutes Beispiel für gegenteilig wirkende Konjunkturimpulse und das Verharren in einer Wachstumsfalle, welche die Klimakrise erst ausgelöst hat. So ist zu befürchten, dass nach einem Wiederanspringen der weltwirtschaftlichen Wachstumskräfte, die nach wie vor auf dem ungebremsten Ausbau fossiler Energien beruhen, die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre womöglich noch schneller zunehmen wird als vor der Wirtschaftskrise.

Damit wird aber ein weiterer Teufelskreislauf zu Lasten der Armen in Gang gesetzt, die auf Unterstützung von außen angewiesen sind, da sie selbst zu arm sind, um sich an schnell ändernde klimatische Rahmenbedingungen anzupassen. Die teilweise katastrophalen Auswirkungen sind bereits heute in

Ländern wie Bangladesch zu sehen – wo Zehntausende von der Küste ins Hinterland fliehen – oder in Ostafrika, wo anhaltende Dürren Viehherden elendig zugrunde gehen lassen und im Herbst 2009 nach Regierungsangaben aus Kenia und Uganda 20 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht sind.

Ohne eine Abkehr von einem Wachstumspfad, der auf der Ausbeutung fossiler Brennstoffe fußt und eine weitgehende Umstellung unserer Wirtschaftskreisläufe auf erneuerbare Energien, für die die Industrieländer Vorreiter sein müssen, wird sich die globale Erwärmung nach nahezu einhelliger wissenschaftlicher Auffassung noch rasant beschleunigen. So erwarten Klimaforscher inzwischen bis zum Ende des Jahrhunderts einen Temperaturanstieg von vier bis sechs Grad Celsius gegenüber vorindustrieller Zeit. Die regionalen Unterschiede dürften deutlich stärker ausfallen. Damit werden sich nahezu alle Ökozonen der Erde so stark verändern, dass seriöse Folgenabschätzungen kaum noch möglich sind. Fest scheint indes zu stehen, dass eine solche Welt eine Welt des Mangels und der Knappheit werden wird, in der selbst elementare Güter wie Trinkwasser und Nahrung deutlich teurer werden. Dies wiederum werden zuerst einkommensschwache Haushalte spüren, deren Menschenrechte auf Wasser und Nahrung schon heute verletzt werden. Aus dieser Perspektive wird deutlich, dass Klimaschutz, das Anrecht auf nachhaltige Entwicklung sowie die Überwindung von Armut untrennbar miteinander verbunden sind.

Thomas Hirsch arbeitet zum Schwerpunkt Klimawandel und Ernährungssicherung in der Abteilung Politik und Kampagnen bei Brot für die Welt. **Ingrid Schalke**, Studentin der Sozialwissenschaften, war Praktikantin in der Abteilung Politik und Kampagnen bei Brot für die Welt.

¹ Zu deutsch etwa „Anpassungspolitik an den Klimawandel, die die Bedürfnisse der Armen in den Mittelpunkt rückt“.